

Robert Bideleux (Swansea)

Europakonzeptionen

Noch nie war es von so entscheidender Wichtigkeit wie heute, als „europäisch“ oder „Teil Europas“ angesehen zu werden. Was Europa ist und was es „bedeutet“, steht immer mehr in Zusammenhang mit seinem „Aufbau“. Dieser wird oft als der natürliche Kulminationspunkt der „europäischen Idee“ und der zahllosen Projekte zu ihrer Realisierung dargestellt, angefangen vom mittelalterlichen Christentum über die Renaissance bis hin zur Aufklärung. Die EU-Mitgliedschaft gewann seit dem Niedergang eines Großteils der kommunistischen „Zweiten Welt“ zudem immer stärker als ein Symbol für Akzeptanz, Ansehen und den Status, Teil der Ersten Welt zu sein, wie auch als Eintrittskarte für einen unbeschränkten Zugang zum Waren-, Kapital- und Arbeitsmarkt der Europäischen Union an Bedeutung. Die Förderung einer tiefer gehenden Vorstellung von europäischer Identität wird als ein Weg gesehen, die Legitimität der Europäischen Union sowohl nach innen als auch nach außen zu stärken. Die Aufgaben der Europäischen Union in der politischen Gestaltung und der Festlegung von Regeln werden immer umfangreicher. Daher wird es zunehmend als notwendig erachtet, die Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union davon zu überzeugen, dass „Europa“ der legitime Ursprung und das angemessene Vehikel dieser Regeln ist und dass sie deren bindende Natur akzeptieren sollen. Angesichts des großen Demokratiedefizits der Europäischen Union wird die Propagierung einer stärkeren Identifikation der Bevölkerung mit „Europa“ vielfach als Mittel gesehen, ihre schwach ausgeprägte demokratische Verantwortlichkeit und Legitimität, die geringen Kontrollmöglichkeiten seitens der Parlamente und der Bevölkerung sowie deren mangelnde Teilhabe an ihren politischen Prozessen zu verschleiern und zu kompensieren.

Die Gründungsverträge der Europäischen Union legen fest, dass die Mitgliedschaft „jedem europäischen Land“ offen stehe. Die im Dezember 1997 in Luxemburg abgehaltene Europäische Ratsversammlung verlautbarte eine offizielle Erklärung, in der es heißt: „Mit dem Beginn des Erweiterungsprozesses erleben wir den Anfang einer neuen Ära, die den Trennlinien der Vergangenheit ein Ende bereitet.“ Doch derartige Verlautbarungen werfen wichtige Fragen nach den geographischen und kulturellen Grenzen des zu vereinigenden „Europas“ auf ebenso wie nach der Grundlage und den Kriterien, auf denen dieses „Europa“ beruht und nach denen das Recht auf Mitgliedschaft beurteilt werden soll. Speziell Menschen mit einem beschränkten Wissen über die Geschichte und Geographie von Europas östlichen und südlichen Teilen nehmen oft an, die geographischen und kulturellen Grenzen und Kriterien Europas wären klar umrissen und offensichtlich. Genau das Gegenteil ist aber der Fall.

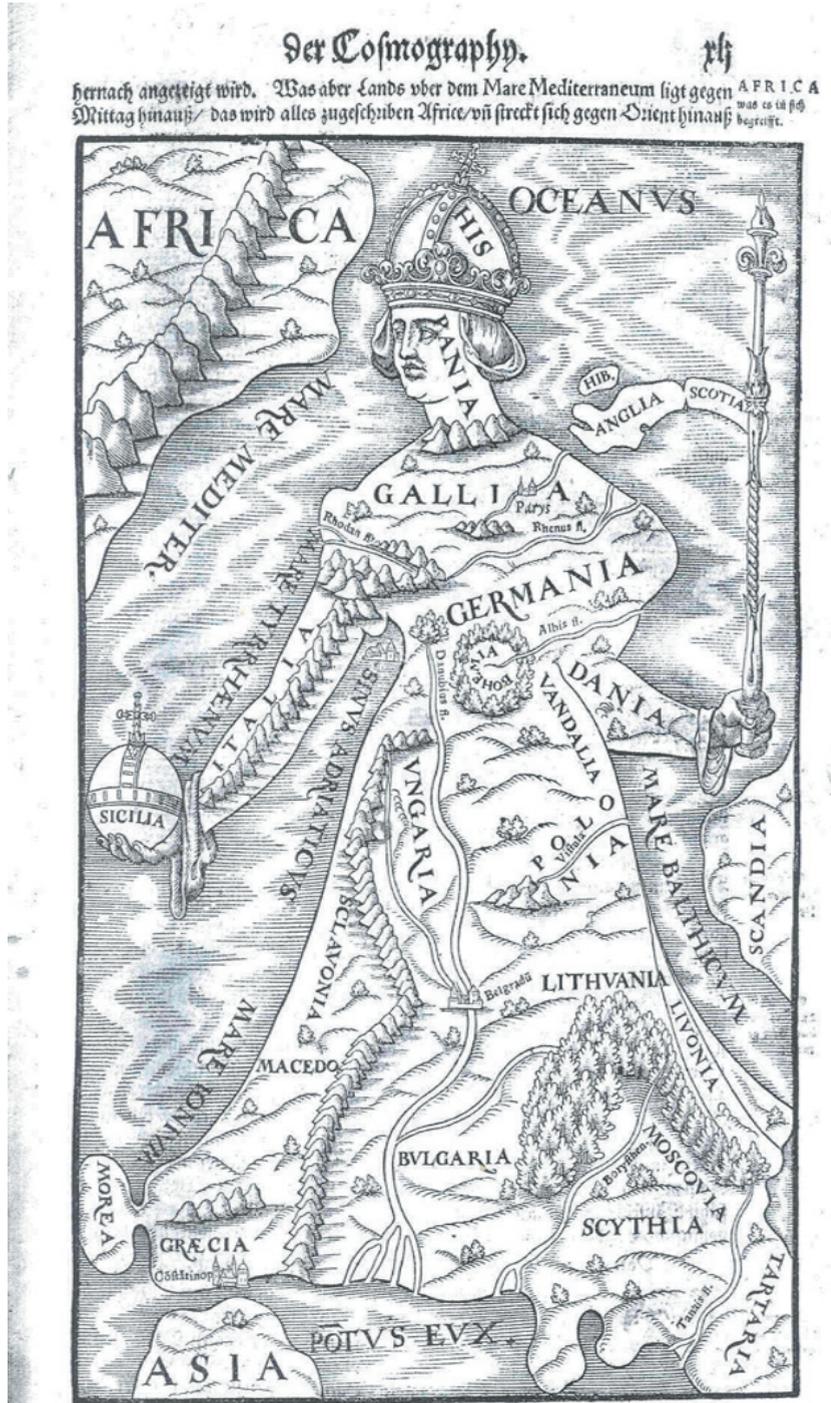


Abb. 2: Regina Europa
– Königin Europa, Mitte
des 16. Jahrhunderts;
Münster S.:
Cosmography, Basel
1578; Steiermärkische
Landesbibliothek Graz,
T 2186 IV.

Der „Aufbau Europas“ zieht gewisse schwierige Entscheidungen über die Frage nach sich, wer oder was ein- oder auszuschließen ist und welche Kriterien dabei Anwendung finden sollten. Marokkos Antrag auf EU-Vollmitgliedschaft wurde 1987 beispielsweise harsch zurückgewiesen, da es nicht als europäisches Land betrachtet wurde, obwohl seine Wirtschaft und seine frankophonen Eliten viel stärker an Europa als am Rest von Afrika oder der arabischen Welt orientiert waren und dies immer noch sind. Ähnlich erging es der Türkei: Trotz der offiziellen Annahme einer europäischen Identität und einer stark säkular ausgerichteten Verfassung unter Mustafa Kemal blieb dem Land die EU-Vollmitgliedschaft verwehrt – dies, obwohl die Türkei seit 1964 assoziiertes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und langjähriges Mitglied von Nato, OSZE und Europarat ist. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass das Land im Hinblick auf die Achtung der allgemeinen Menschenrechte, von Minderheitenrechten und ziviler Regierung nicht „die europäischen Standards“ erfülle, ebenso aber die Zugehörigkeit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Islam. Umgekehrt stehen acht mittel- und osteuropäische Staaten vor ihrem Eintritt in die Europäische Union, großteils wegen ihrer „europäischen Referenzen“. Ihre Einhaltung „europäischer Standards“ in den Bereichen Justiz, Demokratie und Menschenrechte wird zudem als wesentlich konsequenter angesehen als in Ländern wie der Türkei, Marokko, Algerien, Tunesien, der Ukraine, Moldova, Russland, Weißrussland, Georgien und Armenien. Das Ende des Kalten Krieges und der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Europa verliehen dem Umschwung von „ideologischer Politik“ hin zu einer „Identitätspolitik“ eine zusätzliche Dynamik. Von einer Politik, die um das Links-Rechts-Spektrum von sozialistischen, radikalen, liberalen, konservativen und rechts-extremen Ideologien zentriert war, orientierte man sich nun auf ethnische, „rassische“, kulturelle, religiöse und regionale Identitäten, Ausländerfeindlichkeit und die Stärkung beziehungsweise den Schutz kollektiver Rechte kultureller oder „rassisch“ definierter Gruppen hin. Die partielle „Entideologisierung“ der europäischen Politik und die wachsende Bedeutung von Identitätspolitik sind die Fortsetzung von Trends, die schon drei oder vier Jahrzehnte andauern. Die zunehmende Aufmerksamkeit, die verschiedenen Konzeptionen und Kriterien europäischer Identität zuteil wird, kann als Teil desselben Prozesses gewertet werden. Viele prominente Verfechter des „Europäismus“ meinen, sie verträten universalistische Werte inklusive liberal-kosmopolitischer Auffassungen von Europäität, und verwahren sich gegen den Vorwurf, sie stünden für neue Formen von Ausschließung und Partikularismus. Trotzdem spielen auch sie mit dem Feuer, da ihre moralisierenden Bemühungen, europäische Werte, die europäische Kultur und Identität zu stärken und zu schützen, ganz offensichtlich von der rassistischen und ausländerfeindlichen extremen Rechten für antiliberalen und demagogische Zwecke missbraucht werden können. Seit 1989 gab es in christdemokratischen Kreisen West- und Mitteleuropas verschiedene Bestrebungen, die lange diskreditierte Vorstellung wiederzubeleben, Europa entspreche in etwa der westlichen Christenheit (ohne ihre außereuropäischen Ableger) oder dem, was Gonzague de Reynold *l'Europe européenne* („das europäische Europa“; Reynold 1944: 55) nannte. Dies zielte implizit offensichtlich darauf ab, dass

1. *Türken und Maghrebiner grundsätzlich „Nichteuropäer“ und die Albaner sowie die bosnischen Muslime nicht wirklich „europäisch“ seien, hauptsächlich aufgrund ihres muslimischen Glaubens;*
2. *diese Völker daher für eine eventuelle EU-Mitgliedschaft nicht qualifiziert (oder bestenfalls „weniger qualifiziert“) sein sollten;*
3. *orthodoxe Länder gewissermaßen einen geringeren Anspruch darauf hätten, als „europäisch“ betrachtet zu werden, als römisch-katholische oder protestantische und demzufolge auch einer EU-Mitgliedschaft „weniger würdig“ seien.*

Diese Tendenzen wurden durch Milan Kunderas einflussreichen Essay „The Tragedy of Central Europe“ (dt.: Die Tragödie Zentraleuropas) von 1984 untermauert, worin behauptet wird, dass vor allem das römisch-katholische „Zentraleuropa“ (mit Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Slowenien und Kroatien) lange ein Teil des Westens gewesen und daher „europäischer“ sei als überwiegend orthodoxe Länder wie Russland, Bulgarien, Serbien und Rumänien. Im schlimmsten Fall tendiert diese Betonung der Besonderheit, des höheren kulturellen Entwicklungsstandes, des höheren ökonomischen Standards und der vermeintlich allgemeinen Überlegenheit des römisch-katholischen „Zentraleuropas“ dazu, die letztgenannten Länder zu marginalisieren. Dies wiederum könnte durchaus zu deren langfristiger Ausschließung aus der Europäischen Union führen. Diese Geisteshaltung könnte sogar zum Resultat haben, dass einige der so genannten „zentraleuropäischen“ Länder – wenn sie der Europäischen Union erst einmal beigetreten sind – die Aufnahme orthodoxer und/oder muslimischer Länder mit der Begründung ablehnen, diese seien nicht oder nicht ausreichend „zivilisiert“ und „europäisch“.

Bedauerlicherweise antworten Intellektuelle und Politiker aus den in Zukunft unter Umständen ausgeschlossenen Ländern darauf manchmal mit dem Argument, ihr eigenes Land verfüge über besondere Verbindungen mit Europa beziehungsweise über Charakteristika, die es zu einer Ausnahme von der Regel machten – im Gegensatz zu Ländern weiter im Süden oder im Osten, die angeblich „asiatischer“ oder „uneuropäischer“ und damit „weniger zivilisiert“ und „weniger würdig“ seien, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Um aus dieser schändlichen Denkweise herauszufinden, müsste man begreifen, dass kein Teil Europas von Natur aus über- oder unterlegen oder grundsätzlich mehr oder weniger „europäisch“ als andere Teile ist. In der Tat gibt es keine allgemein anwendbaren Kriterien der „Europäität“, auf denen solche Urteile basieren könnten. Geschichte, Kultur, Identität und die Beschworung dieses vermeintlichen „Erbes“ aus der Vergangenheit haben die Europäer und Europäerinnen weit mehr entzweit, als sie zu einen. Dennoch haben viele westeuropäische Organisationen, Politiker und Politikerinnen, Expertinnen und Experten die „Wiederherstellung Zentraleuropas“ eher naiv für bare Münze genommen – als direkte und harmlose Wiedererlangung der „wahren Identität“ der Region anstelle der angeblich fremden „osteuropäischen Identität“, die ihr von den späten vierziger Jahren bis 1989 durch die Teilung Europas in Ost und West aufgezwungen worden sei. Damit wurde zweifellos die öffentliche Wahrnehmung gestärkt, dass Europas orthodoxe und muslimische Länder schon

an sich weniger westlich, weniger europäisch seien und so weniger für eine EU-Mitgliedschaft geeignet als die (zumindest nominell) katholischen ostmitteleuropäischen Staaten. Das Denken in solchen Stereotypen ignoriert

1. *das Ausmaß, in dem der Katholizismus in „Zentraleuropa“ und anderswo oft durch Absolutismus, Dogmatismus, Bigotterie, Xenophobie und Antisemitismus entstellt wurde;*
2. *das Faktum, dass der Katholizismus bei der Ausformung der Identität in Ungarn und der Tschechischen Republik eine weit geringere Rolle spielte als in Polen, Kroatien und der Slowakei (und hier manchmal durchaus mit negativen Konsequenzen);*
3. *die Tatsache, dass weit über zehn Millionen zumindest nominell orthodoxe Griechen und sogar noch mehr Muslime bereits in der Europäischen Union leben, meist als voll integrierte EU-Bürgerinnen und -Bürger ohne einen anderen Ort, den sie ihr Zuhause nennen würden.*

Enge kulturelle Definitionen Europas führen sowohl zu internen als auch zu externen Spaltungen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, einseitige und ausgrenzende Ideen einer „westlichen Überlegenheit“ zu verurteilen und sich ihnen entgegenzustellen. Diese haben nicht nur trennende, entfremdende und destabilisierende Auswirkungen auf Europas verwundbare und instabile östliche und südöstliche Teile, sondern fördern auch die schon jetzt steigenden Spannungen innerhalb der zunehmend multikulturellen, polyglotten und multikonfessionellen Gesellschaften Nordwest- und Westmitteleuropas. Es wäre daher weit vorteilhafter, Vorstellungen und geographische Definitionen von Europa zu propagieren, die so umfassend wie möglich sind – sowohl um der inneren Harmonie und maximalen Identifikation mit Europa willen als auch zur Förderung stabiler und harmonischer Beziehungen mit Europas „nahem Ausland“. Es ginge zum einen um eine vorsichtige Anerkennung der Bedeutung dessen, wie Identitäten geformt und als Grundlage für die Beziehungen wahrgenommen werden, in denen Menschen zueinander stehen und wie diese miteinander umgehen, zum anderen aber auch um eine Anerkennung der kontingenten (das heißt zufälligen, aber nicht beliebigen) Elemente und unbestimmten Faktoren in Identitätsfragen. Anstelle eines kulturell und „rassisch“ exklusiven Klubs ist und sollte Europa ein „Haus mit vielen Zimmern“ bleiben, das für jeden Staat offen ist, der sowohl willens als auch in der Lage ist, sich an die „Hausordnung“ zu halten.

Die Fallen des „europäischen Essentialismus“

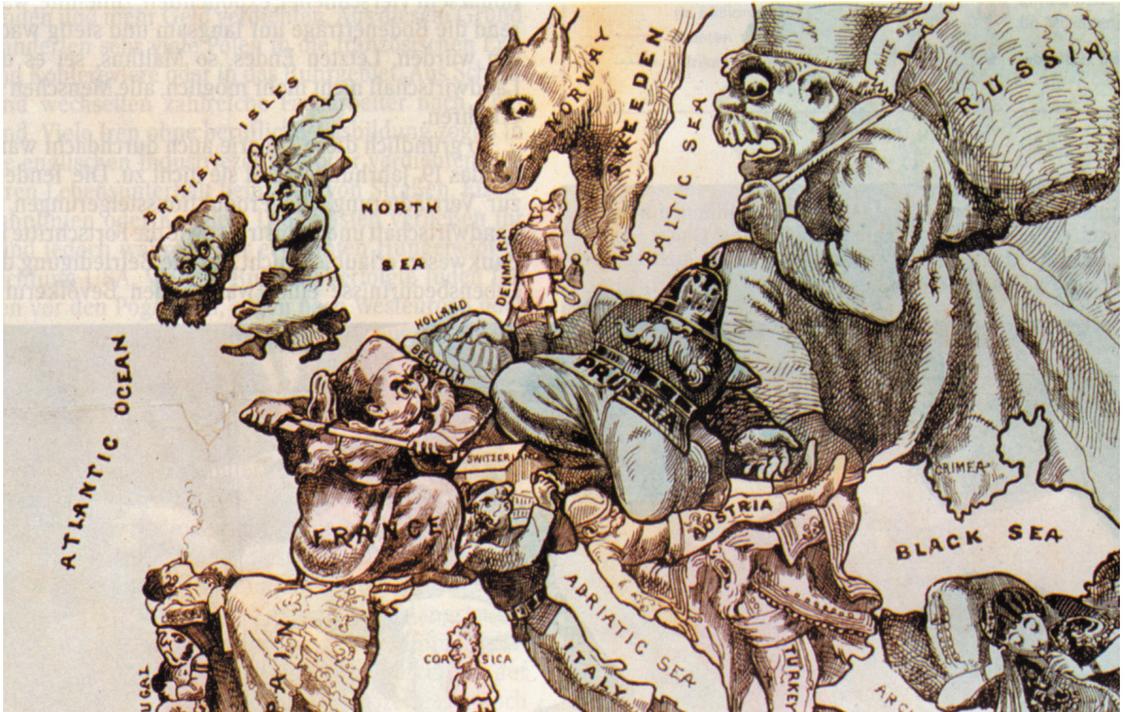
Es ist ebenso gefährlich wie zwecklos, auch nur zu versuchen, klare geographische Definitionen oder „essentialistische“ kulturelle Konzeptionen von Europa aufrechtzuerhalten. Wie Jean Monnet im Mai 1950 in einer berühmt gewordenen Passage an Robert Schumann und Georges Bidault schrieb: „Europa hat nie existiert [...]. Wir müssen Europa neu erschaffen.“ (Monnet 1997: 44) Europa war nie ein festgelegtes geographisches Gebiet mit dauerhaften

und allgemein akzeptierten Grenzen. In der Antike lag der Fokus der unter den Eliten vorherrschenden Europakonzeptionen – in den seltenen Fällen, in denen der Begriff „Europa“ überhaupt gebraucht wurde – auf jener Region, die man nun mit einer gewissen Geringschätzung den „Balkan“ nennt: Für die alten Griechen war „Europa“ ein Gebiet, das sich bis zum Norden der ägäischen Inseln erstreckte und vielleicht noch das griechische Festland umfasste. Im Lauf der folgenden 1500 Jahre wurde diese Bezeichnung langsam auf andere Regionen dessen erweitert, was heute als Europa gilt. Das Römische Reich, dessen Erbe ein so großer Teil Europas später für sich in Anspruch nehmen sollte, bezeichnete sich selbst niemals als „europäisch“, da sein Schwerpunkt im Mittelmeerbecken unter Einschluss Kleinasiens und Nordafrikas lag. Das Oströmische beziehungsweise Byzantinische Reich, das bis zur Plünderung Konstantinopels durch westeuropäische Kreuzfahrer 1204 und in verkleinerter Form bis 1453 ohne Unterbrechung fort dauerte, wurde nach dem Zusammenbruch des Weströmischen Reiches im 5. Jahrhundert zum Bewahrer des griechisch-römischen Erbes.

Die nordwest- und nordeuropäischen Länder, die sich jetzt als „Kerneuropa“ betrachten, waren zumindest bis zum 9. Jahrhundert nicht viel mehr als der „barbarische Westen“ und waren weit weniger entwickelt als Byzanz, China und die sich herausbildenden Zentren der islamischen Kultur. Die Situation bildete das genaue Gegenteil der gegenwärtigen Dichotomie, in der viele Bürgerinnen und Bürger West-, Nord- und Mitteleuropas die Einwohner und Einwohnerinnen Südosteuropas als fremde und minderwertige Spezies zu betrachten scheinen, deren Angehörige eine starke Neigung dazu haben, sich gegenseitig zu töten. Diese Sichtweise übergeht zu Unrecht die Tatsache, dass West- und Mitteleuropa ihre eigenen „Religionskriege“ und genozidalen Tendenzen hatten, Letztere übrigens bis vor gar nicht allzu langer Zeit. Darüber hinaus sollte sich „Europa“ später zwar in Abhebung von verschiedenen Konzeptionen des „Ostens“ oder des „Orient“ definieren; die Ursprünge des Christentums und der antiken griechischen Philosophie, die die meisten Europäer mittlerweile als Kernpunkte ihres kulturellen Erbes betrachten, sind aber wohl nicht weniger „orientalisch“ als die des Islam, von dem sich Europa mehrere Jahrhunderte lang abgrenzte, um sich zu definieren. Der Islam selbst entwickelte und verbreitete sich zu einem großen Teil in einem stark hellenisierten und christianisierten Umfeld. Das Osmanische Reich, dessen zentrale Machtbasis immer eher „balkanisch“ und „anatolisch“ als „nahöstlich“ oder „asiatisch“ war, diente für einige Zeit als „Europas konstitutives Anderes“. Im 19. Jahrhundert war es in der allgemeinen Wahrnehmung zum „kranken Mann Europas“ geworden¹ – „krank“ vielleicht, aber trotzdem Teil Europas. Ebenso waren zwar die Ursprünge der magyaren und bulgarischen Stämme, welche sich in Gegenden niederließen, die später zu Ungarn und Bulgarien werden sollten, klar asiatisch, was aber ihre daraufhin folgende Assimilierung an die „europäische Kultur“ nicht ernsthaft behinderte. Im 17. Jahrhundert rühmten sich Angehörige des polnischen Adels falscher asiatisch-sarmatischer Vorfahren – in dem Bestreben, ihren

¹ Engl. *the sick man of Europe*; im deutschen Sprachgebrauch hat sich demgegenüber die Wendung vom „kranken Mann am Bosphorus“ durchgesetzt.

Anspruch auf eine angeblich angeborene oder „rassische“ Überlegenheit über ihre vorwiegend slawischen Leibeigenen zu untermauern. Etwa zur gleichen Zeit hoben, etwas plausibler, Angehörige des ungarischen Adels stolz ihre „asiatische“ Abstammung hervor. Eine Zeit lang kleideten sich beide Adelsschichten in pseudoorientalischem Stil, nur um in späteren Generationen ihre „Europäität“ zu unterstreichen, wenn es gerade passte. Man sollte niemals



die Rolle kalkulierten Opportunismus für den Wandel von Mustern kultureller Selbstidentifikation unterschätzen! Am aussagekräftigsten sind vielleicht die anhaltenden Debatten darüber, ob Russland „europäisch“, „asiatisch“ oder vielleicht beides in einem sei. Wo genau auf der Landkarte Eurasiens das „europäische Russland“ in das „asiatische Russland“ übergeht, ist letztlich nicht zu beantworten, da dabei von falschen Dichotomien zwischen „Europa“ und „Asien“ ausgegangen wird.

Die plausibelste Perspektive auf Europa ist diejenige, die es als große Landspitze und kulturellen Ableger Asiens betrachtet, ähnlich dem „indischen Subkontinent“. Trotzdem muss man sich die Selbstgefälligkeit vor Augen halten, die die Europäer dazu brachte, der relativ kleinen europäischen Halbinsel den Status eines eigenen Kontinents zu verleihen, während der indischen Halbinsel ebendieser Status verwehrt blieb. Das Konzept der „Kontinente“ wurde von europäischen Geographen im 15. und 16. Jahrhundert als ein Weg entwickelt, jene Territorien zu visualisieren und in weiterer Folge zu vermessen und zu kategorisieren, mit denen sie immer mehr in Kontakt kamen und deren indigene Bevölkerung sie schon

Abb. 3: Phantasiekarte Europas aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; Projekt „Grenzen in Europa – Ein historischer Spaziergang durch 200 Jahre Grenzgeschichte“; Institut für Europäische Regionalforschungen der Universität-Gesamthochschule Siegen.

bald als „rassisch“ unterlegen betrachteten. Es überrascht nicht, dass sie ihrer Aufgabe mit sehr viel Selbstgefälligkeit nachgingen, wobei sie Europas Status stark hochspielten, während der Rest der riesigen und sehr vielfältigen eurasischen Landmasse unter der Bezeichnung „Asien“ zusammengefasst wurde. Nachdem die europäischen Aufklärer begonnen hatten, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine normative Konzeption von „Zivilisation“ zu entwickeln, gingen ihre Nachfolger weiter und konzeptualisierten die Beziehungen zwischen Europa und anderen „Zivilisationen“ (der Plural erlangte bald eine andere, stärker vergleichende und anthropologische Bedeutung) auf eine Art, die Letztere immer mehr herabstufte. Sie begannen weiters, „Zivilisation“ mit „europäischer Zivilisation“ gleichzusetzen, und verliehen Europas besonderen Werten und Normen in arroganter Weise eine universelle Gültigkeit, die sie über diejenigen der restlichen Welt stellte. Bewusst oder unbewusst wurden damit Europas „zivilisatorische Mission“ und sein kultureller, militärischer, territorialer und wirtschaftlicher Imperialismus gerechtfertigt.

Europa war nie durch die Vorherrschaft einer einzelnen – religiösen, sprachlichen, künstlerischen oder anderen – Kultur charakterisiert und kann auch nicht durch eine solche definiert werden. Stattdessen setzt es sich – wie auch andere dynamische Zivilisationen – seit je aus einem reichen und komplexen Mosaik von Kulturen zusammen und umfasst so nicht nur eine Überfülle an Sprachen und Literaturen, sondern auch eine Vielfalt an Glaubensrichtungen (auch wenn viele davon Varianten des Christentums sind) und sehr verschiedenartige wissenschaftliche und künstlerische Traditionen, innerhalb einzelner Staaten ebenso wie in Europa insgesamt. In der Tat kann eine Zivilisation und/oder ein (Sub-)Kontinent, der sich seiner Kapazität rühmt, Platz für kulturelle Vielfalt zu haben und diese zu schätzen und zu fördern, nicht gleichzeitig als eine Art fester „Essenz“ oder als kulturell homogen definiert werden. Dies wäre ein Widerspruch in sich. Der spezifische Inhalt von Europas äußerst vielfältigem kulturellem Gemisch hat sich im Lauf der Zeit zudem beträchtlich verändert. Die Werte und Ideen, von denen man behaupten könnte, dass sie große Teile der Eliten Europas charakterisierten, waren im mittelalterlichen Christentum deutlich verschieden von jenen der Renaissance. Während der Aufklärung vollzog sich ein weiterer Wandel, ebenso wie während der kurzen Vormachtstellung der Heiligen Allianz (1815 bis 1848), des Liberalismus (in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts), des konservativen Nationalismus und Imperialismus (von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1918) und des Faschismus sowie des Stalinismus (von den dreißiger bis in die frühen vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts). Sie alle unterschieden sich jeweils fundamental von jener „Wertegemeinschaft“, von der heute behauptet wird, sie liege der Europäischen Union zugrunde. Ein Europa, das sich seiner Fähigkeit rühmt, sich „ständig neu zu erfinden“, welche ihrerseits im Gegensatz zum angenommenen (aber stark übertriebenen) langfristigen Stillstand anderer Kulturen oder Kontinente steht, kann nicht gleichzeitig behaupten, sich auf ewige und/oder essentielle Ideen und Werte zu gründen.

Daher sollte nicht die Meinung vertreten werden, Europa repräsentiere eine besondere Idee und/oder ein besonderes System von Werten, Normen und Praktiken, die vom antiken Griechenland und Rom, dem karolingischen westlichen Christentum, der Renaissance,

dem Westfälischen Frieden von 1648 oder der Aufklärung bis hinein in die Gegenwart nachzuzeichnen wären, wie es so viele moderne Geschichtswerke Europas und/oder der Welt getan haben. Zutreffender wäre es zu sagen, dass Europa mit einer langen Folge miteinander wetteifernder Ideen, Werte, Normen und Praktiken identifiziert wird – in jüngster Zeit mit solchen, die mit der Entwicklung eines spezifischen europäischen Staatensystems und einer spezifischen Rechtsordnung in Zusammenhang stehen. „Europa“ ist ein programmatisches Konzept, das von einer langen Reihe teleologischer, identitätsbildender Projekte verwendet wurde. Im Gegensatz zur Geschichte anderer Kontinente, die nur konzeptuell neutrale geographische Räume behandelt, wurde die Geschichte (West-)Europas beinahe immer als eine teleologische Vorwärtsbewegung hin zu einem System von Idealen oder als die Realisierung eines hohen moralischen Zwecks oder Inhalts dargestellt. Hier liegt die Wurzel des „moralischen Exzeptionalismus“ des Westens, seines übersteigerten Moralbegriffs ebenso wie seiner materiellen, technischen und militärischen Überlegenheit gegenüber Nichtwestlern, Osteuropäer eingeschlossen. Das Paradoxe daran ist, dass die Werte und Prinzipien, durch die sich Europa seit der Aufklärung (vorwiegend) definiert, als universell und daher dazu geeignet wahrgenommen werden, sie auch auf andere Kontinente und Kulturen anzuwenden.

Wie zutreffend und hilfreich ist die Betonung von Europas „Einzigartigkeit“?

Man muss sich davor hüten, der irrigen eurozentristischen Annahme zu verfallen, dass Europas reiche Vielfalt und seine hoch gerühmte Fähigkeit zur Selbsterneuerung einzig europäische Phänomene seien oder dass die zeitweilige militärische, wirtschaftliche und technologische Vormachtstellung Westeuropas während des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts allein auf westeuropäische Tugenden oder Werte zurückzuführen sei. Nahe Varianten derselben waren auch in anderen Teilen der eurasischen Landmasse zu finden. Darüber hinaus wird zunehmend anerkannt, dass China, Japan und Teile der islamischen Welt bemerkenswert kurz davor waren, als erste Gebiete jene Art von Durchbruch hin zum agrarischen, industriellen und maritimen Kapitalismus zu schaffen, welcher das moderne Westeuropa letztlich befähigen sollte, ihnen den Rang abzulaufen. Noch im 15. Jahrhundert wäre die Vorhersage gewagt erschienen, dass Nordwesteuropa diese Durchbrüche als Erstes erzielen werde. Zu viele triumphalistische und selbstgefällige westeuropäische Werke über die Geschichte Europas und/oder der Welt basieren auf der teleologischen Annahme, dass alles, was in der Weltgeschichte passierte, auf den Aufstieg Westeuropas (und später des „Westens“) zu einer Position globaler Hegemonie hinauslief oder dass Westeuropa zur Größe prädestiniert gewesen sei.

Zugegebenermaßen wies die Entwicklung des mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa viele einzigartige oder spezifische Merkmale auf – ebenso wie auch andere Teile der Welt alle ihre einzigartigen und spezifischen Merkmale aufzuweisen hatten. Dies impliziert jedoch nicht notwendigerweise, dass die heute als „Europa“ oder „Westeuropa“ bekannten Gebiete

eine eigene Liga bildeten, welche dazu prädestiniert war, sich über die anderen zu erheben, eine einzige „Zivilisation“ zu beherbergen oder gar Teil einer übergreifenden Einheit namens Europa zu werden.

Es besteht zunehmend Konsens darüber, dass die Technologie Westeuropas sowie sein militärisches Potential und seine intellektuelle Entwicklung erst ab den Kreuzzügen und der Renaissance des 12. Jahrhunderts mit den großen Mächten und Kulturen Chinas und der islamischen Welt vergleichbar wurden; erst im 17. und 18. Jahrhundert begann Nordwesteuropa seine Konkurrenten maßgebend zu überflügeln (diejenigen in Mittel-, Süd- und Osteuropa eingeschlossen). Doch auch wenn man davon ausgeht, dass Westeuropa keineswegs „einzigartig“ oder zur Größe bestimmt war, so bleibt immer noch zu klären, wie es in der Lage war, die sich ihm bietenden Möglichkeiten und die vielen Erzeugnisse, Techniken und Ideen, welche es nachahmte oder übernahm, so viel effektiver und gewinnbringender zu nutzen als seine wichtigsten Konkurrenten, die bis dahin weiter entwickelte Kulturen dargestellt hatten. Paradoxerweise scheint ein Teil der Antwort in der Natur der politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen zu liegen, die in Westeuropa eher durch Zufall als absichtlich entstanden waren und zuvor dazu beigetragen hatten, Westeuropa schwach, verwundbar und an der Peripherie der großen Entwicklungen der Weltgeschichte zu halten.

Seit dem Mittelalter weist Europa ein viel stärker fragmentiertes und pluralistisches Staatensystem auf als beinahe jeder andere Kontinent (mit der offensichtlichen Ausnahme Afrikas, wo sich erst spät ein fest gefügtes Staatensystem entwickelte). Während andere Kontinente bis vor nicht allzu langer Zeit von Großreichen und/oder starken Hegemonialmächten dominiert wurden, bestand die europäische Halbinsel lange aus einer großen Zahl kleiner und mittelgroßer Staaten. Nur Ostmittel-, Südost- und Osteuropa wurden über längere Perioden von imperialen Mächten regiert, die einige der Charakteristika und die Ausdauer asiatischer Reiche aufwiesen. Karl V., Napoleon und Hitler erreichten temporär die hegemoniale Dominanz einer Supermacht über West- und Mitteleuropa, aber ihre Vormachtstellung war glücklicherweise nur von kurzer Dauer.

Die endemische politische Fragmentierung Europas war sowohl eine Quelle von Schwäche als auch von Stärke, von Zwietracht und Kohäsion, Konflikten und Kooperation, Protektionismus und gesundem wirtschaftlichem und politischem Pluralismus und Wettbewerb. Über kurze Zeitspannen kam es zwischen europäischen Staaten zu Konflikten mit erschreckender Zerstörungskraft. Im 20. Jahrhundert zogen diese neben Europa auch andere Kontinente in zwei beispiellose Weltkriege hinein. Über weit längere Perioden gab es zwischen den europäischen Staaten jedoch vorwiegend kreative oder produktive Spannungen, Synergien und Komplementaritäten. Diese liegen auch der westeuropäischen Integration seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts zugrunde – nicht zwischen einer Hegemonialmacht und ihren Vasallen- oder tributpflichtigen Staaten (wie es zum Beispiel innerhalb des Comecon, des Mercosur oder der NAFTA der Fall war oder ist), sondern zwischen im Wesentlichen gleichrangigen kleinen und mittelgroßen Staaten, die sich selbst in einen verbindlichen supranationalen gesetzlichen Rahmen von bislang unerreichter Dimension eingliederten.

In seiner richtungweisenden Studie *The European Miracle* (dt.: Das Wunder Europa, 1981) argumentiert Eric L. Jones, dass die spezifische politische Fragmentierung, der kulturelle Pluralismus und die ökonomische Vielfalt des mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa und die damit verbundenen weitreichenden Möglichkeiten für den überregionalen Handel, für Spezialisierung und Kapitalakkumulation primär mit „seiner speziellen Lage, seinen räumlichen Gegebenheiten und seiner Ausstattung mit Ressourcen“ zu begründen seien (Jones 1981: 226). Große räumliche Unterschiede in Klima, Geologie, Bodenbeschaffenheit und Vegetation gaben Europa eine ungewöhnlich vielfältige natürliche Basis an Ressourcen. Die Tatsache, dass nicht alle Rohstoffe an der gleichen Stelle vorgefunden und verarbeitet wurden, hatte eine weitreichende wechselseitige Ergänzung und sehr ausgedehnte Möglichkeiten für überregionalen Handel zur Folge. Dazu kommt auch, dass die innereuropäischen Transportkosten wesentlich geringer als auf anderen (meist viel größeren) Kontinenten waren, da Europa eine „aus Halbinseln bestehende Halbinsel“ mit einer im Verhältnis zu seiner Fläche besonders langen, zerklüfteten Küste und einer Vielzahl an schiffbaren Flüssen ist. Diese Bedingungen begünstigten den multilateralen Fernhandel mit Massenwaren des täglichen Gebrauchs wie Getreide, Holz, getrocknetem Fisch, Salz, Wein, Wolle und – in der jüngeren Vergangenheit – Eisenerz und Kohle. Die europäischen Herrscher entdeckten hauptsächlich durch *trial and error*, dass es profitabler war, solche Waren zu besteuern, als sie sich anzueignen, den Handel zu fördern, anstatt ihn zu monopolisieren oder die Waren zu plündern, und sich für niedrige anstatt hohe Steuern zu entscheiden. Dies unterschied sie von den Regierenden auf jenen Kontinenten, wo vor allem mit kostbaren Waren in geringen Mengen wie Gold, Silber, Kräutern, Gewürzen, Seide, Tee und – in jüngster Zeit – Öl Handel getrieben wurde. Das vergleichsweise hohe Handelsniveau und die Höhe der erzielten Steuereinnahmen gaben den europäischen Herrschern starke Anreize, ein Rechtssystem zu etablieren und aufrechtzuerhalten sowie sich darauf zu konzentrieren, die so genannte „infrastrukturelle Macht“ (*infrastructural power*, im Unterschied zur strengeren „Zwangs- oder Bestrafungsmacht“ [*coercive power*]) der Staaten auszubauen. Darüber hinaus förderte die weite Streuung von Flussbecken und fruchtbaren Ebenen (häufig Schwemmlandböden) – von denen im Mittelalter viele zu Zentren politischer und wirtschaftlicher Macht aufstiegen – die Pluralität europäischer Staaten. Fortschritte sowohl in der militärischen als auch in der zivilen Technologie, die mit einem allmählichen Anwachsen der Staaten einhergingen, erleichterten die territoriale Vereinigung und Eroberungen. Dies reduzierte die Anzahl eigenständiger politischer Einheiten in Europa von rund 1000 im Jahr 1300 auf etwa 500 im Jahr 1500 und 25 um 1900. Doch dieser Vereinigungsprozess „ging bis dorthin, aber nicht weiter: niemals bis zu einem einzigen Reich. Die Kosten der Vereinigung waren hoch. Bedeutende natürliche Barrieren schützten einige Landstriche von der Größe moderner Nationalstaaten“, speziell in Westeuropa (Jones 1981: 106).

Das „Wunder Europa“ zeichnete sich dadurch aus, dass das pluralistische europäische Staatensystem und die Machtbalance durch die sich verlagernden und das Gleichgewicht haltenden Allianzen und durch das Aufkommen eines internationalen Rechtssystems trotz

der zahlreichen Bemühungen um Herrschaft über den ganzen Kontinent so lange Bestand hatten. In den Worten des verstorbenen Alfred Cobban (1969: 30f) ist

Europa [...] insofern einzigartig, als nirgendwo sonst [...] eine so beachtliche Gruppe von Nationalstaaten in unmittelbarer geographischer Nachbarschaft und mit engen Verbindungen untereinander über einen Zeitraum von vielen Jahrhunderten überleben konnte. [...] wenn irgendein Staat mächtig genug wurde, das Gleichgewicht zu bedrohen, zog er früher oder später die Feindschaft einer noch mächtigeren Koalition auf sich.

Dieses pluralistische Staatensystem brachte Europa bedeutende Vorteile gegenüber Kontinenten, die von großen Landmächten dominiert wurden. Auf lange Sicht tendierten Letztere dazu, kraftraubende Hofintrigen, Servilität, Laster, Korruption, einen verschwenderischen Lebensstil, sogar noch verschwenderische Bauprojekte und eine lähmende kulturelle Uniformität hervorzubringen. Im pluralistischen europäischen Staatensystem hingegen konnten engstirnige Entscheidungen nicht durch eine zentrale Autorität Europa als Ganzem aufoktroziert werden. Die Europäer fielen nicht unter die Kontrolle einer einheitlichen politisch-religiösen Ordnung. Obwohl dies viele Spannungen und Konflikte, viel Blutvergießen und viele Verluste nach sich zog, brachte der daraus resultierende Pluralismus den Europäern ein gewisses Maß an Gedankenfreiheit und eine außergewöhnliche Vielfalt an Denkansätzen. Vor allem aber boten allmächtige Imperien nur minimale Anreize, neue Methoden der Organisation, der Produktion und der Kriegstechnik einzuführen, während die europäischen Staaten ständig von tatsächlichen oder potentiellen Konkurrenten umgeben waren. Der Wettbewerb um militärische, dynastische, kommerzielle und industrielle Vorteile wirkte als ständiger Ansporn für Anpassung und Innovation, während konfessionelle und später politische Flüchtlinge sowie Wirtschaftsmigranten und -migrantinnen wiederholt (und oft unbeabsichtigt) Fertigkeiten und Know-how von einem Staat zum anderen transferierten. Das Konkurrenzdenken und die „immanente Vielfalt“ des Staaten- und Wirtschaftssystems förderten gemeinsam mit der Integration des Marktes, der steigenden Mobilität von Kapital und Arbeitskräften, den zunehmenden Kontakten und der Durchmischung und gegenseitigen Befruchtung von Ländern und Regionen die Erneuerung und Verbreitung der besten Techniken. Gleichzeitig half die Entstehung eines zunehmend ausgeklügelten internationalen Rechtssystems dabei, die destruktiven konflikthaften Tendenzen des europäischen Staatensystems einzudämmen, und legte das Fundament für die spätere Akzeptanz einer weiter reichenden supranationalen Rechtsordnung als Basis der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union. Diese verwandelte das Verhältnis zwischen bis dahin formell souveränen Staaten allmählich in jene Art von zivilen und „domestizierten“ Beziehungen, die innerhalb einer multinationalen Föderation angemessen sind.

Die EU-Mitgliedsstaaten wären töricht, diese essentiellen, uralten Stärken und Vorteile des europäischen Staatensystems aufzugeben, indem sie zustimmten, die Europäische Union in einen umfassenden „europäischen Superstaat“ zu verwandeln. Das Fortbestehen

der Dynamik und Vitalität der Europäischen Union bedarf einer Pluralität konkurrierender Mitgliedsstaaten, wenn auch in einer bindenden, übergreifenden Rechtsordnung und mit anerkannten „Spielregeln“, um das zentrifugale und konfliktuale Potential des Systems einzudämmen. Ein pluralistisches Staatensystem muss jedoch keineswegs auf der Idee des Nationalstaats basieren. Eine Vielzahl anderer politischer Formationen ist denkbar.

Eine Reihe von Eigenschaften, die dem Staatensystem inhärent sind, ergab sich aus Europas spezifischer Topographie und seinen spezifischen Umweltgegebenheiten. Sie halfen, die Produkte und Technologien voll auszunützen, die durch die allmähliche Entwicklung zunehmend vernetzter globaler Märkte (spätestens) vom 13. Jahrhundert an verfügbar wurden. Verschiedene „Welthistoriker“ haben allerdings überzeugend nachgewiesen, dass die wesentlichen wirtschaftlichen und technologischen Durchbrüche, die die Basis für Europas spätere „globale Vorherrschaft“ gelegt haben, in vieler Hinsicht durch analoge Entwicklungen in anderen Teilen der Welt antizipiert oder erst ermöglicht wurden (Abu-Lughod 1989; Fernández-Armesto 1995; Frank, Gills 1993; Jones 1988; Ponting 2000). Hier sind vor allem das China der Sung-Dynastie und die islamische Welt zur Zeit ihrer Hochblüte zu erwähnen und in bedeutendem Ausmaß auch die wirtschaftlichen und technologischen Durchbrüche und Errungenschaften Japans in der Tokugawa-Ära. Keines dieser Zentren der Innovation, der Anpassung und der Kreativität war völlig unabhängig. Jedes schöpfte aus Innovations- und Produktpools und leistete zu diesen selbst einen Beitrag. Die Innovationen und Produkte wurden manchmal ziemlich rasch unter den verschiedenen „Zivilisationen“ der afro-eurasischen Landmasse verbreitet, die einander stark beeinflussten. Wie die USA heute oder die islamischen Länder vom 9. bis zum 16. Jahrhundert kann man Europa am besten als kulturellen und technologischen Schmelztiegel verstehen – als ein Gebiet mit intensiver wirtschaftlicher, politischer und kultureller Interaktion, das sich ständig selbst erneuert und vervollkommnet, indem es Erzeugnisse, Menschen, Ideen, Erfindungen, Technologien, Lehren, Praktiken, Fertigkeiten und Talente aus der ganzen Welt aufsaugt und zu immer ausgefeilteren Kombinationen verschmilzt. Monolithische Homogenität und Konformität sind nur *ein* Grund für kulturelle, technologische und wirtschaftliche Stagnation. All die kreativen und dynamischen „großen Kulturen“ der Vergangenheit und Gegenwart verdanken viel ihrer Größe ihrer multiethnischen und multikonfessionellen Zusammensetzung, die dazu beitrug, die schöpferischen – einschließlich der von Joseph Schumpeter (1911) als „schöpferische Zerstörung“ bezeichneten – Spannungen zu schaffen, welche eine nachhaltige Selbsterneuerung fördern. Kulturen auf der Basis einzelner kultureller Kennzeichen zu klassifizieren – wie in Samuel Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen“ – wäre geradezu lächerlich, wäre es nicht so gefährlich simplifizierend. Politiker und die Öffentlichkeit werden dadurch ermutigt zu denken, wir müssten vermeintliche uralte und unversöhnliche Antagonismen zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen entweder fatalistisch akzeptieren oder uns militärisch gegen sie wappnen, obwohl sie es geschafft haben, über Jahrhunderte ziemlich fruchtbar zu koexistieren.

Die fortdauernde Ost-West-Teilung: Wird Europa wirklich vereint?

Es wird weithin angenommen, dass die moderne Ost-West-Teilung Europas im Wesentlichen ein Produkt des Kalten Krieges und der kommunistischen Vormacht über Zentral- und Osteuropa sei und dass mit dem Ende des Kalten Krieges und der kommunistischen Herrschaft in Europa die beiden Hälften einfach „wiedervereint“ werden könnten wie Deutschland 1990. So erklärte Präsident Václav Havel im Mai 1991 in Aachen, Europa sei der Erfüllung seiner „uralten Hoffnung, für all seine Einwohner ein Gebiet der Freundschaft und Kooperation zu werden“, näher als je zuvor. Die Mittel- und Osteuropäer wollten in eine Zivilisation zurückkehren, die zu entwickeln sie mitgeholfen hätten:

Das ist nicht eine Frage [...] der Faszination durch eine andere Welt. Es ist genau das Gegenteil. Nachdem wir Jahrzehnte hindurch unnatürlicherweise dem falschen Pfad gefolgt sind, sehnen wir uns danach, wieder jenen Weg einzuschlagen, der einst auch der Unsrige war. (The Financial Times, 10.05.1992)

Ostmitteleuropa ist in der Tat die Heimat einiger von Europas größten Schriftstellern und Intellektuellen und Heimstätte einiger seiner ältesten Universitäten. Der verstorbene Hugh Seton-Watson hatte Recht, wenn er darauf bestand, dass „nirgendwo in der Welt der Glaube an die Realität und Bedeutung einer europäischen kulturellen Gemeinschaft so weit verbreitet ist wie in den Ländern zwischen dem Territorium der EWG und der Sowjetunion“ (Seton-Watson 1985: 14). Dieser Glaube an die „Einheit“ (*oneness*) Europas war für die ostmitteleuropäische Intelligenz in ihrem Bestreben, die Demokratie zu stärken und die pan-europäische Integration voranzutreiben, sehr wichtig. Trotzdem basiert er auf einer ziemlich fragwürdigen Lesart der europäischen Geschichte.

Lange vor der Epoche des Kommunismus und des Kalten Krieges bestanden bereits tief verwurzelte kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa. Die traumatische Erfahrung der kommunistischen Diktatur war nur eine kurze Episode in der Geschichte Mittel- und Osteuropas, die wesentlich nachhaltiger durch verschiedene politische, kulturelle und wirtschaftliche Einflüsse geprägt war, welche viel länger ange dauert hatten als das kommunistische Experiment. Diese älteren, tieferen und zeitweilig unterdrückten Einflüsse traten nach 1989 zurück an die Oberfläche. Je länger den mittel- und osteuropäischen Staaten der vollständige Zugang zu westlichen Märkten, Kapital und Technologie verweigert wird und sie auf ihre eigenen Ressourcen zurückgeworfen werden, umso länger wird diese tief greifende Ost-West-Spaltung fort dauern. Wie dem auch sei, nicht einmal die bevorstehende „Osterweiterung“ der Europäischen Union wird für sich allein genügen, um diese Teilung zu überwinden.

Europas Ost-West-Spaltung kann in mancher Hinsicht bis zu den Teilungen des Römischen Reichs 285 und 395 n. Chr. und den daraus resultierenden zunehmenden Divergenzen, die schließlich zum Schisma (1054) zwischen dem katholischen und dem orthodoxen Christentum führen sollten, zurückverfolgt werden. Der Zerfall des Weströmischen

Reichs im 5. Jahrhundert ebnete den Weg für die allmähliche Entwicklung Westeuropas von ungewöhnlich fragmentierten und dezentralisierten feudalen Gemeinwesen hin zu den Ansätzen einer kapitalistischen Entwicklung in den Nischen des spätmittelalterlichen Feudalsystems. In Ostmittel-, Südost- und Osteuropa dominierten demgegenüber bis 1918 nach außen hin großartige, aber letztendlich lähmende imperiale Staatsgebilde. Das Oströmische Reich (alias Byzanz) überlebte in voller Stärke bis 1204 und in stark eingeschränkter Form bis 1453, wo es dann vom Osmanischen Reich abgelöst wurde, während Ostmitteleuropa vom 16. bis zum frühen 20. Jahrhundert unter absolutistische imperiale Kontrolle fiel.

Zugegebenermaßen gab es eine Periode, in der es schien, als würde Ostmitteleuropa vollständig in die westliche oder lateinische Christenheit assimiliert, nachdem die entstehenden Königreiche Mähren, Böhmen, Polen und Ungarn im Verlauf des 10. und 11. Jahrhunderts den katholischen Glauben angenommen hatten. Im 14. und 15. Jahrhundert wurde die königliche Macht und Autorität in Ungarn, Polen und Böhmen eingeschränkt und untergraben: Die Länder erlebten eine signifikante Expansion des Handels, Handwerks und Bergbaus; die Städte wuchsen an, und dezentralisierte, autonome wirtschaftliche Tätigkeit gewann an Bedeutung. Die Bildungseliten der Region partizipierten eifrig an den intellektuellen Strömungen des Humanismus, die der Reformation, der Renaissance und den frühen Phasen der wissenschaftlichen Revolution Auftrieb verschafften. Unglücklicherweise wurden diese viel versprechenden Entwicklungen durch die Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts, die Expansion des absolutistischen und repressiven Habsburger-, Osmanischen sowie Zarenreichs im Osten, die damit verbundene Stärkung der herrschaftlichen Privilegien und die Entstehung der so genannten „zweiten Leibeigenschaft“ in Mittel- und Osteuropa im Keim erstickt; Andersdenkende und Freigeister wurden verfolgt und/oder emigrierten, einschließlich einer großen Zahl von Händlern und qualifizierten Handwerkern. Letztere flüchteten zunehmend in das protestantische Nordwesteuropa, dessen wirtschaftlicher und intellektueller Gewinn zulasten Ostmitteleuropas gehen sollte.

Die daraus resultierende Einengung des kulturellen, politischen und sozialen Lebens behinderte die Entwicklung Ostmitteleuropas. Zusammen mit dem Anstieg des westeuropäischen See- und Kolonialhandels (einschließlich des Sklavenhandels und der Plantagen und Minen, auf denen Sklaven arbeiteten) verlagerten sich dadurch die wichtigsten afroeurasischen Handelsrouten an die europäische Atlantikküste, die einen großen Zuwachs an Macht, Kapital, technologischem Fortschritt, unternehmerischem Elan und wirtschaftlicher Prosperität erfuhr. Mittel- und Osteuropa fielen in der Folge hinter die über einen Zugang zum Meer verfügenden Länder Westeuropas zurück, die bald zunehmend säkularisierte Zivilgesellschaften sowie Handels- und Gedankenfreiheit entwickelten. Die daran anschließende westeuropäische industrielle Revolution vergrößerte, gepaart mit der Spezialisierung Mittel- und Osteuropas auf den Export von technisch wenig anspruchsvollen und weniger ertragreichen Grundstoffen, das Ost-West-Gefälle im Pro-Kopf-Bruttonationalprodukt (BNP) von etwa 2:1 auf rund 3:1 während des 19. Jahrhunderts. Diese unheilvolle wirtschaftliche Kluft wuchs in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs

immer mehr. Bedauerlicherweise sorgte die Ost-West-Teilung Europas von 1947/48 bis 1989/90 dafür, dass die Bevölkerung und die Regierungen Westeuropas viel mehr damit beschäftigt waren und sind, wie sie ihren seit Mitte der fünfziger Jahre stetig zunehmenden relativen Wohlstand sichern und bewahren können. Niedrige Arbeitslosenraten, der Wohlfahrtsstaat und die dominante Rolle in der Europapolitik haben Vorrang vor der vollständigen und raschen Einbindung der gegenwärtigen Kandidatenländer in die Europäische Union. Das Ost-West-Gefälle im Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) (zu Marktpreisen) stieg in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts massiv zugunsten Westeuropas auf ein Verhältnis von 1:6 beziehungsweise 1:7. Viele Westeuropäer und -europäerinnen wollen diese Vorteile weder aufgeben noch sie mit den relativ verarmten Osteuropäern und -europäerinnen teilen, was die Xenophobie und offene Feindseligkeit gegenüber den „Ostmigranten“ zu bestätigen scheinen. Das westeuropäische Spiel läuft offenbar darauf hinaus, so spät wie möglich und so wenig wie möglich zu tun und zu geben oder eher zu reagieren, als zu handeln. Europas massives wirtschaftliches Ost-West-Gefälle wird daher wahrscheinlich noch für einige Jahrzehnte fortbestehen, selbst wenn die mittel- und südosteuropäischen Volkswirtschaften um (hypothetische) fünf oder sechs Prozent pro Jahr wachsen. Der Weg wird sich sogar noch länger hinziehen, wenn diese Länder weiter von wiederkehrenden Krisen wie jenen geschüttelt werden, die sie im 20. Jahrhundert durchgemacht haben.

Wir leben in einem zutiefst asymmetrischen Europa in einer noch asymmetrischeren Welt, in der die Reichen und Starken gewohnt sind, sich durchzusetzen, und die ärmsten und schwächsten Staaten und Völker üblicherweise die größte Last der Anpassung zu tragen haben. Am deutlichsten wird dies an der zutiefst asymmetrischen Weise sichtbar, in der die Europäische Union den Handel mit Ostmittel- und Südosteuropa liberalisiert hat: Die schwächeren und verwundbareren Kandidatenländer haben ihre Märkte vollständig für Exporte aus den reicheren und stärkeren EU-Staaten geöffnet, während die Europäische Union den Zugang zu ihren Märkten für die wichtigsten Exportprodukte der Kandidatenstaaten (landwirtschaftliche Produkte, verarbeitete Nahrungsmittel und Getränke, Kohle, Stahl, Textilien und Schuhe) weiterhin einschränkt. Dies heißt nicht unbedingt, dass die EU-Osterweiterung scheitern wird. Es deutet aber darauf hin, dass

- 1. die Osterweiterung unter Bedingungen, unter denen die bestehenden Vorteile der relativ reichen und mächtigen westeuropäischen Staaten in ihrer Substanz erhalten bleiben, oder überhaupt nicht stattfinden wird;*
und
- 2. die gegenwärtigen Kandidatenländer vor und nach ihrem EU-Beitritt weitere wirtschaftlich und sozial schwere Zeiten durchleben werden, wenn man bedenkt, dass bislang nur einige von ihnen ihr (nicht sehr hohes) Pro-Kopf-BIP von vor 1989 erreicht haben. Diese wirtschaftlichen Rückschläge wurden von stark steigender Ungleichheit begleitet, mit dem Ergebnis, dass die meisten ostmittel- und südosteuropäischen Staaten wesentlich ärmer sind, als sie es vor 1989 waren.*

Insgesamt beendet der gegenwärtige Prozess der „Osterweiterung“ keinesfalls die Ost-West-Teilung Europas, er könnte dazu überhaupt außerstande sein und sie in veränderter Form sogar verfestigen. Vielleicht wird in Wirklichkeit ein neues Muster westlicher Beherrschung und Ausbeutung des Ostens etabliert. Realistischerweise ist das Maximum dessen, was in naher Zukunft erreicht werden kann, eine leichte Hebung und Ostverschiebung des „Eisernen Vorhangs“, der nach dem Zweiten Weltkrieg inmitten Europas niederging. Jene europäischen Staaten, die sich östlich oder südlich der neuen Trennungslinie wiederfinden, werden, relativ gesprochen, noch stärker benachteiligt und marginalisiert sein als zuvor, eben weil viele (vielleicht sogar die meisten) der Länder, mit denen sie während der kommunistischen Ära enge Beziehungen unterhielten, in die Europäische Union und unter Umständen in die Nato eingegliedert sein werden. Die Liste der ausgegrenzten Länder wird höchstwahrscheinlich Russland, Weißrussland, die Ukraine, Moldova, Georgien und Armenien umfassen. Zusätzlich sind auch Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Makedonien und Albanien noch nicht Teil des gegenwärtigen „Erweiterungsprozesses“, obwohl es Anzeichen dafür gibt, dass die Europäische Union sie zu gegebener Zeit in diesen Prozess einbinden wird. Andere Länder, die unter Umständen mit einer längerfristigen Ausschließung zu rechnen haben, sind Bulgarien und Rumänien. Diese beiden könnten sich als außerstande erweisen, die nötigen politischen und wirtschaftlichen Reformen durchzuführen, um in der absehbaren Zukunft als „bereit“ für die EU-Vollmitgliedschaft erachtet zu werden – dies nicht zuletzt deshalb, weil die Beurteilung ihrer Kapazität und Bereitschaft, die so genannten „Kopenhagener Kriterien“ zu erfüllen, wohl sehr streng ausfallen wird. Je länger die Anwärter auf ihren EU-Beitritt warten müssen, umso mehr werden sich wahrscheinlich die Beitrittskriterien verschärfen und desto umfassender und belastender wird der *acquis communautaire* sein, den sie als Zulassungsbedingung zu akzeptieren haben. Das gegenwärtige strenge Beharren darauf, dass die Kandidatenstaaten zuerst „ihr eigenes Haus vollständig in Ordnung bringen“ müssten, bevor ihnen der Beitritt gestattet werde, lässt außer Acht, dass viele (vielleicht sogar die meisten) der großen Probleme nur *nach* dem Beitritt effektiv gelöst oder überwunden werden können, im Rahmen der umfassenderen, stärkeren, stabileren und flexibleren, kosmopolitischen Rechtsordnung der Europäischen Union, des Binnenmarkts und der Einheitswährung.

Trotzdem sollten wir alles daransetzen, Europa wahrhaftig zu vereinen, anstatt neue Barrieren und Teilungen zu schaffen. Parallel zur EU-Osterweiterung muss der Schwerpunkt auf die Schaffung einer paneuropäischen Sicherheitsgemeinschaft und eines *europäischen Einheitsraums* ohne Barrieren gelegt werden, in dem allen, die willens und fähig sind, eine Reihe gemeinsamer Regeln, Normen, Werte und gegenseitiger Sicherheitsgarantien zu respektieren, erlaubt wird, als gleichberechtigte Partner teilzunehmen. Dies könnte auch diverse regionale Untergruppen, die sich einer noch tiefer gehenden Integration unterschiedlich verpflichtet fühlen, zusammenschließen. Die Beseitigung des potentiell destabilisierenden Machtvakuum zwischen Deutschland und Russland ist anerkanntermaßen ebenso im Interesse Russlands, der Ukraine und Weißrusslands (alle drei Staaten wurden während der beiden Weltkriege durch einfallende mitteleuropäische Mächte zu großen Teilen verwüstet) wie im Interesse anderer europäischer Staaten. Trotzdem muss

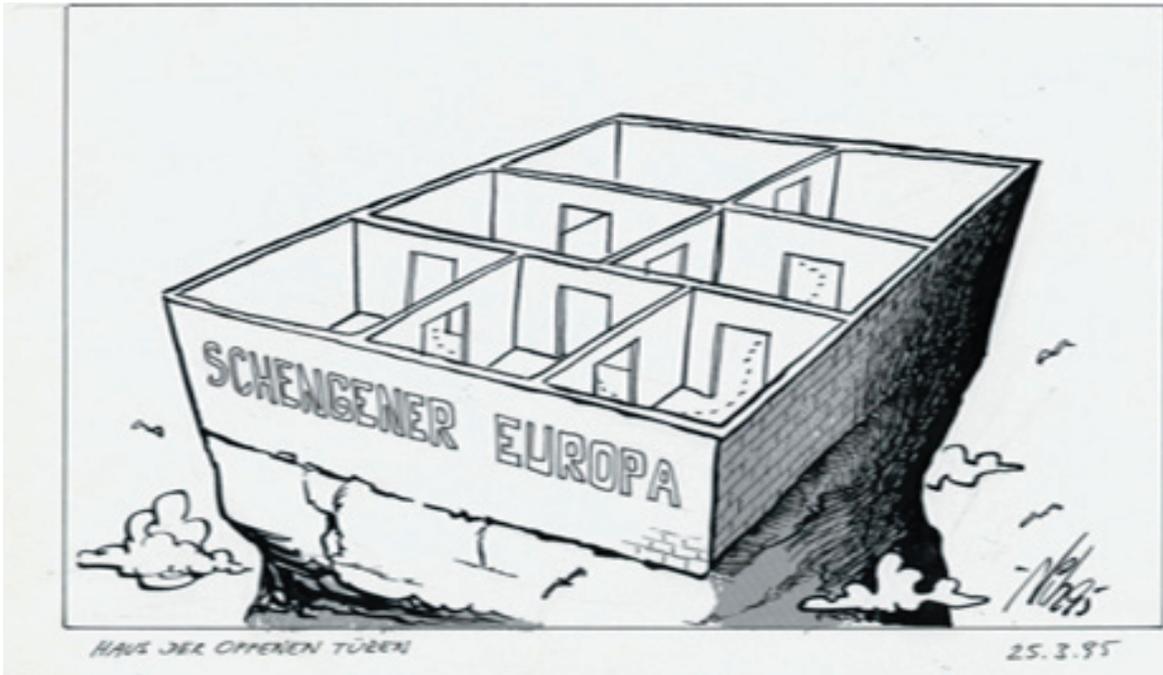


Abb. 4: „Haus der offenen Türen“. Karikatur von Nik Ebert zum Inkrafttreten des Schengener Abkommens; Haus der Geschichte, Bonn.

dies auf eine Art erfolgen, die Russland, die Ukraine und Weißrussland nicht permanent benachteiligt, marginalisiert oder antagonisiert, und sicherlich nicht so, dass neue Grenzlinien gezogen werden, die formell erklären, diese Länder lägen außerhalb „Europas“ (speziell wenn die Vereinigten Staaten durch ihre Mitgliedschaft in der Nato und der OSZE eine starke Präsenz in Europa behalten!). Selbst wenn man entschiede, dass Russland und vielleicht auch die Ukraine zu groß und zu problematisch sind, um EU-Vollmitglieder zu werden, sollte der Westen nicht versuchen, sie außerhalb des „gemeinsamen Hauses Europa“ zu belassen. Dies würde nur noch viel größere Probleme und Gefahren für die Zukunft mit sich bringen. Am allergefährlichsten ist die Art von Haltung, der General William Odom, ein ehemaliger Direktor des Nationalen Sicherheitsdienstes der USA, Ausdruck verlieh:

Russland ist ein schwacher Staat mit praktisch keiner der Institutionen, die für eine effektive Marktwirtschaft entscheidend sind: Steuersystem, Gesetzesvollzug, Zivilrecht usw. Seine Bevölkerung stirbt jung und nimmt zahlenmäßig ab. Es hat nach wie vor die Fähigkeit, Probleme zu bereiten, zum Beispiel in Georgien, Nigeria, Berg-Karabach, Zentralasien und Tschetschenien, aber es kann keine bedeutende Armee aufmarschieren lassen und wird auch in der näheren Zukunft dazu nicht in der Lage sein [...]. Dieses Russland könnte wahrscheinlich von der westlichen Sicherheitsordnung für eine lange Zeit ausgeschlossen werden, ohne dass die Lage außer Kontrolle geriete. Russland fehlt einfach die Macht, das westeuropäische System zu Fall zu bringen. (Odom 1998: 814)

Die radikalen Veränderungen in der Natur der Sicherheitsprobleme Europas seit dem Ende des Kalten Krieges sowie der Ost-West-Teilung und -Konfrontation machen eine Haltung wie diese sehr riskant. Eine einzelne, konzentrierte externe Bedrohung, gegen die nukleare und konventionelle militärische Streitkräfte gerichtet werden könnten, hat größtenteils viel zahlreicheren und diffuseren internen Bedrohungen Platz gemacht und das äußere Bedrohungspotential drastisch verringert. Die neuen Gefährdungen der Sicherheit kommen von interethnischen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, dem internationalen Verbrechen, Drogenschmuggel, Mafiaorganisationen, Terrorismus, den Risiken nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und der Möglichkeit, dass diese in falsche Hände geraten oder versehentlich explodieren. Weiters sind die Gefahren einer neuerlichen Reaktorschmelze oder gar der Explosion ganzer Atomkraftwerke sowie die durch gewaltige Flüchtlingsströme und illegale Migration und sogar durch extreme Armut, Ungleichheit und wirtschaftlichen Zusammenbruch ausgelösten Probleme zu nennen. Die großen Kämpfe und bewaffneten Konflikte finden heute eher innerhalb der europäischen Staaten als zwischen ihnen statt. Europas Sicherheit bleibt unteilbar; die Sicherheit West- und Mitteleuropas bleibt nach wie vor mit derjenigen des Ostens verknüpft, einschließlich (ja sogar insbesondere) jener Russlands und der Ukraine. Diese veränderte Situation hat zur Folge, dass die Nato immer überflüssiger wird und die Bedeutung anderer Organisationsformen – wie der Europäischen Union, der OSZE oder des Europarats, die eher dazu taugen, Europas neue Sicherheitsprobleme zu lösen oder einzudämmen – zunimmt. Die militärischen Strukturen, die Ausbildung, die Denkweise und das Personal der Nato sind schlecht dazu geeignet, vornehmlich politische und zivile Aufgaben zu übernehmen, ebenso wie die unvermeidlich langsamen, konsensualen und schwerfälligen Entscheidungsfindungsstrukturen und -prozeduren und die in erster Linie zivile Denkweise der Europäischen Union nicht dazu taugen, eine militärische Rolle zu übernehmen – am allerwenigsten in der Leitung und dem Einsatz einer Schnellen Eingreiftruppe. Nötig ist eine übergreifende, spezialisierte europäische kollektive Sicherheitsorganisation (vielleicht mit einem „Europäischen Sicherheitsrat“ nach dem Muster des UN-Weltsicherheitsrats), die für die paneuropäische Sicherheit, den Handel, die Zuwanderung, die Kriminalitätsbekämpfung sowie für Umwelt- und Sozialfragen zuständig wäre. Die Hauptgefahr, die vom postsowjetischen Russland ausgeht, ist nicht die alte militärische Bedrohung, sondern der tatsächliche oder potentielle Verlust der Kontrolle über nukleare, chemische und biologische Waffen sowie Waffentechnologien, Atomkraftwerke und die russische Mafia. Die Kontrolle dieser Bedrohungen (die potentiell ganz Europa betreffen!) bedarf maximaler Kooperation anstatt Konfrontation zwischen Russland und dem Westen sowie einer Stärkung anstatt einer Schwächung der „infrastrukturellen Macht“ des russischen Staates. Angesichts der Möglichkeit, aus der derzeitigen Erniedrigung, Verarmung und extremen Marginalisierung Russlands einen Vorteil zu ziehen, hat Westeuropa es bedauerlicherweise meist vorgezogen zu vergessen, dass es seine gegenwärtige Freiheit, Prosperität und Integration der herausragenden Rolle der Russen beim Sieg über Nazi-Deutschland verdankt. Es war nämlich die Sowjetunion, die vom Juni 1941 bis zum Juni 1944 die Hauptlast des

Landkriegs gegen Nazi-Deutschland trug. Oft war die UdSSR mit 80 bis 90 Prozent der Wehrmacht konfrontiert – und sogar nach ihrer Landung in der Normandie bekämpften die Westalliierten nur ein Drittel der Wehrmacht, während die Sowjetunion den anderen zwei Dritteln gegenüberstand. Ukrainer, Weißrussen und andere nichtrussische Bürger der Sowjetunion waren weniger geneigt, den Deutschen Widerstand zu leisten, sondern tendierten dazu, sie als Befreier vom stalinistischen Terror und der russischen Vorherrschaft zu sehen, weshalb sie den Russen den Hauptteil der sowjetischen Kriegsanstrengungen mit ihrem enormen Verlust an Menschenleben überließen. Ohne diese gewaltigen und überwiegend von Russen getragenen Opfer, die ein Ausmaß erreichten, welches die liberalen westlichen Demokratien nicht verkraftet hätten, würde Europa vielleicht noch immer vom Dritten Reich regiert werden. Von der Mitte der zwanziger Jahre bis 1943 lief der vorherrschende Trend in Europa weg von Liberalismus und Demokratie, hin zu unterschiedlichen Formen des autoritären Nationalismus, Faschismus und Protektionismus. Es war der Sieg über Nazi-Deutschland, primär durch die Sowjetunion, der diesen Trend umkehrte und Westeuropa auf einen neuen Kurs hin zu liberaler Demokratie beziehungsweise Sozialdemokratie, Wohlfahrtsstaat und wirtschaftlicher Integration brachte (obwohl dies nicht wirklich das war, was Stalin gewollt hatte!). Es ist daher eine Schande, dass die westeuropäische Freiheit, Prosperität und Integration, welche die Sowjetunion (wenn auch unfreiwillig) zu ermöglichen half, nunmehr nicht dazu eingesetzt werden, die Russen zu unterstützen und zu integrieren, sondern um sie zu demütigen und zu marginalisieren. Dabei wird kaum ein Gedanke an die potentiellen Konsequenzen oder die enorme „morlische Schuld“, in der die nun liberalen, demokratischen Teile Europas Russland gegenüberstehen, verschwendet.

Die wahre Bedeutung der europäischen Einigung

Um die politischen und wirtschaftlichen Hauptvorteile richtig zu verstehen, die die gegenwärtigen und künftigen Mitgliedsländer aus dem EU-Beitritt ziehen können, ist es entscheidend, das heutige Europa als ein sich ausbildendes Staatensystem und einen Wirtschaftsraum mit sich weiterentwickelnden Regeln, Normen, Praktiken und einer bestimmten Rechtsordnung zu verstehen statt als ein fest umrissenes geographisches Gebiet mit „essentiellen Werten“ und kulturellen Eigenheiten. Für die jetzigen Beitrittswerber müssen diese Vorteile groß genug sein, um ihre Bevölkerung und ihre Politiker zu überzeugen, auf Kurs zu bleiben – also einen signifikanten Ausgleich für die enormen wirtschaftlichen und sozialen Härten zu schaffen, die auf sie zukommen und die die meisten von ihnen noch eine lange Zeit zu tragen haben werden. Letzteres ist unter anderem deshalb zu erwarten, weil die heutigen EU-Mitglieder weiterhin davon ausgehen, dass der Großteil der Belastungen des Anpassungsprozesses auf die Beitrittskandidaten (die sich in der unerfreulichen Position des kleinen und/oder armen, schwachen Bittstellers befinden, der draußen warten muss) anstatt auf sie selbst (die wesentlich stärker und wohlhabender sind) entfallen soll.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist der wichtigste Aspekt der Beziehung der Europäischen Union zu Europas ehemaligen kommunistischen Staaten nicht das Ausmaß an EU-Hilfe, das diesen gewährt wird (dies war nie und wird vielleicht auch nie mehr sein als ein paar Tropfen auf einem sehr heißen Stein), sondern der Grad, bis zu dem diese Staaten willens und in der Lage sind, die Regeln und Praktiken der Europäischen Union zu übernehmen und an ihnen zu partizipieren. Eine erfolgreiche Transition von einer hochgradig zentralisierten Kommando- zu einer dezentralisierten Marktwirtschaft, die ein selbständiges Unternehmertum und eigenständige Entscheidungen fördert, hängt nicht nur von der Verfolgung einer angemessenen und effektiven makroökonomischen Politik sowie von der wirtschaftlichen Infrastruktur ab. Sie erfordert auch klar definierte Regeln, um die Entscheidungen dezentralisierter Handlungsträger zu integrieren. Am allerwichtigsten ist, dass sich alle Wirtschaftstreibenden der Regeln sicher sein können, damit die Lage berechenbarer wird, Risiken und Risikoprämien reduziert, die Zinsen, Kredit- und Transaktionskosten gesenkt, das Vertrauen der Unternehmer und das Vertrauen in Unternehmen (*business confidence*) gestärkt und die Investitionen gesteigert werden – speziell private Direktinvestitionen aus dem Ausland, die oft zum Transfer von Technologie, Produkten, Management und Marketingtechniken führen.

In dieser Hinsicht können die EU-Mitgliedschaft und die Beitrittsvorbereitungen am meisten zur Entwicklung von Marktwirtschaften und einer liberalen Ordnung in Ostmittel- und Südosteuropa beitragen (obwohl durch die Europäische Union der Spielraum für die nationale demokratische Souveränität und Verantwortlichkeit eingeschränkt wird), da beide Regionen so in ihrer Beachtung von und dem Vertrauen in regel- und gesetzeskonformes Verhalten bestärkt werden. Die EU-Mitgliedschaft bringt mehr Sicherheit, Klarheit, Transparenz, Einheitlichkeit und Objektivität im Hinblick auf die Regeln, die das wirtschaftliche und politische Leben in und zwischen den Mitgliedsstaaten bestimmen. Diese Regeln, die in den Bedingungen für die Mitgliedschaft einen bedeutenden Platz einnehmen, ermutigen private Unternehmer (speziell ausländische Investoren) und sichern sie ab. Sie waren auch der Hauptgrund für den riesigen Zufluss ausländischen Kapitals nach Spanien, Portugal und Irland, seitdem diese Mitglieder der Europäischen Union sind – ein Faktor, dessen Bedeutung sogar die durch die öffentlichkeitswirksamen „EU-Strukturfonds“ entstandenen wirtschaftlichen Vorteile übertraf. Die Möglichkeiten, von diesen Subventionen auch tatsächlich zu profitieren, sind für die ärmeren Staaten und Regionen an sich größer als für die reicheren – vorausgesetzt, sie können das Niveau an fiskaler und monetärer Disziplin und an unternehmerischem Verantwortungsgefühl aufbringen und durchhalten, das ihnen erlauben wird, voll am strengen und stimulierenden supranationalen Regelwerk der Europäischen Union mitzuwirken. Dies ist ein weiterer Grund, Europas ehemalige kommunistische Staaten so früh wie möglich in die Europäische Union aufzunehmen, ohne darauf zu warten, dass sie vor dem Beitritt „ihr eigenes Haus vollständig in Ordnung bringen“.

Politisch gesehen ist der größte Vorteil, den die EU-Mitgliedschaft den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bringen kann, dass sie eine Möglichkeit bietet, die Beschränkungen des Nationalstaats zu überwinden, indem die Länder in den stabilen, berechenbaren und

umfassenden Rahmen einer hoch entwickelten supranationalen Rechtsordnung eingegliedert werden, in dem alle auf einer Stufe stehen – in dem Sinne, dass jeder und jede Einzelne denselben Unionsgesetzen, -verordnungen und -richtlinien unterworfen ist, ungeachtet seiner oder ihrer Nationalität, Hautfarbe oder Konfession. Alle ethnischen Gruppen der Europäischen Union – selbst die größte, die Deutschen – sind im Grunde Minderheiten, denn es gibt keine ethnische Gruppe, die auch nur annähernd groß genug wäre, die Europäische Union zu dominieren. Im Gegensatz zum Rahmen des Nationalstaats – gleichgültig, ob er sich auf ethnischer, staatsbürgerlicher (*civic*), föderaler oder verhandlungsdemokratischer (*consociational*) Grundlage definiert oder der Anerkennung und dem Schutz von Minderheitenrechten verpflichtet ist – beseitigt der Rahmen der Europäischen Union ganz wesentlich die Unterscheidung zwischen dominanten und untergeordneten nationalen oder ethnischen Gruppen.

Ein spezieller Vorzug der supranationalen Rechtsordnung der Europäischen Union ist, dass alle EU-Bürger und -Bürgerinnen – ungeachtet ihrer Ethnizität, Religion und „Rasse“ – rechtlich auf der gleichen Stufe stehen und sich in allen Angelegenheiten, die diese Rechtsordnung betreffen, innerhalb desselben juristischen Rahmens bewegen. In den Worten von Kommissionspräsident Romano Prodi (2000: 7) bietet die Europäische Union „das Modell einer konsensualen Zusammenlegung von Souveränität, in der jeder von uns akzeptiert, einer Minderheit anzugehören“. Infolge des immer größeren Umfangs und der immer größeren Reichweite des Gemeinschaftsrechts sowie aufgrund der Tatsache, dass die meisten Maßnahmen und Gesetze, die in den Mitgliedsstaaten beschlossen werden, ihren Ursprung nunmehr auf EU- anstatt auf nationaler Ebene haben, dominiert das Gemeinschaftsrecht zunehmend die partikularistischeren Rechtssysteme der Mitgliedsstaaten und setzt sie außer Kraft. Noch nie ist der menschliche Geist der Schaffung eines „kosmopolitischen Rechts“ und „kosmopolitischen Gesetzesvollzugs“ näher gekommen als jetzt. Für alle EU-Bürger und -Bürgerinnen gilt das gleiche EU-Recht, und dieses Recht kann nicht die Verkörperung von Werten, Zielen oder Interessen irgendeiner dominanten ethnischen Gruppe, Religion oder Nation sein.

Die Europäische Union ermöglicht es einer großen Vielfalt von Völkern und Staaten, auf eine Weise zu koexistieren, die den Spielraum für die Definition und Verwirklichung ihrer eigenen, stark voneinander abweichenden Ziele, Werte und Vorhaben maximiert, während Reibungsflächen zwischen ihnen minimiert werden. Letztlich geht es darum, es sehr verschiedenen Europäern und Europäerinnen zu erlauben, so harmonisch und erfolgreich wie möglich zusammenzuleben, anstatt ihnen einheitliche Ziele, Werte und eine einheitliche Kultur aufzuzwingen. Je größer und vielfältiger die Europäische Union wird, desto mehr wird sie lernen müssen, kultureller, ideologischer, sozialer und ökonomischer Heterogenität einen Platz zu bieten, und umso weniger wird sie in der Lage sein, kulturelle, ideologische, soziale und wirtschaftliche Einheitlichkeit auch nur anzustreben. Das Wesen der Rechtsordnung, die sich in Europa seit den „Religionskriegen“ des 16. und 17. Jahrhunderts herausgebildet hat, wurde in der Tat durch die Notwendigkeit geformt, Prinzipien der Koexistenz zwischen Individuen und Gruppen zu erarbeiten, die unterschiedlichen

Konzeptionen von Wahrheit und Moral verpflichtet sind. Nach und nach wurde man sich bewusst, dass bei fehlender Übereinstimmung bezüglich der Ziele eine Verständigung über Vorgangsweisen nötig ist, wenn destruktive Konflikte vermieden werden sollen. Die Mitglieder der Europäischen Union werden weniger durch das Engagement für gemeinsame Projekte vereint als vielmehr dadurch, dass sie sich alle als gleichberechtigte Angehörige einer zivilen Vereinigung betrachten, die sich über die Achtung eines gemeinsamen Kanons von Regeln und Gesetzen definieren, welcher es jedem Einzelnen von ihnen erlauben soll, bei einem Minimum an Spannungen, Konflikten und gegenseitiger Beeinträchtigung seine eigenen Interessen und Ziele zu verfolgen. Was spätmoderne pluralistische Gesellschaften am meisten benötigen, ist nicht irgendein falscher kommunitaristischer Konsens über Werte und Interessen, sondern viel eher die Entwicklung gemeinsamer Institutionen, innerhalb derer Werte- und Interessenkonflikte vermittelt werden können. Eine erweiterte Europäische Union ist wahrscheinlich der einzige Rahmen, innerhalb dessen dieses erwünschte Ergebnis auch erzielt und schrittweise auf ganz Europa ausgedehnt werden kann – ein Europa, das nicht durch ausschließende und trügerische essentialistische, kulturalistische oder zivilisatorische Kriterien definiert wird, sondern durch das Ausmaß, in dem benachbarte Staaten und Regionen tatsächlich in ihm mitwirken und sich freiwillig an seine sich weiterentwickelnde „Hausordnung“ halten.

Literatur

- Abu-Lughod J. 1989: *Before European Hegemony: The World System, AD 1250–1350*. New York.
- Cobban A. 1969: *The Nation State and National Self-Determination*. Glasgow.
- Fernández-Armesto F. 1995: *Millennium*. London.
- Frank A. G., Gills B. K. (Hg.) 1993: *The World System: Five Hundred Years or Five Thousand?* London.
- Jones E. L. 1981: *The European Miracle*. Cambridge (dt.: *Das Wunder Europa*. Tübingen 1991).
- Jones E. L. 1988: *Growth Recurring: Economic Change in World History*. Oxford.
- Kundera M. 1984: The Tragedy of Central Europe. *New York Review of Books*, 26.04., 33–38.
- Monnet J. 1997: Memorandum to Georges Bidault and Robert Schumann. Salmon T. C., Nicoll W. (Hg.): *Building European Union*. Manchester, 41–44.
- Odom W. 1998: Russia's Several Seats at the Table. *International Affairs* 74, 809–821.
- Ponting C. 2000: *World History: A New Perspective*. London.
- Prodi R. 2000: *Un'idea dell'Europa*. Bologna.
- Reynold G. 1944: *La Formation de l'Europe*. Vol. I: *Qu'est-ce que l'Europe?* Fribourg.
- Schumpeter J. 1911: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerrisiko, Kapital, Kreditzins und den Konjunkturzyklus*. München.
- Seton-Watson H. 1985: What Is Europe, Where Is Europe? From Mystique to Politique. *Encounter* 65/2, 9–17.

Aus dem Englischen übersetzt von Martin Prochazka